

In eigener Sache



(Foto: Karina Palgen)

Lernen mit den Piraten

Die Landtagswahl liegt hinter uns. Und damit viel Arbeit für den Wahlkampf: Inhalte festlegen, Plakate drucken und aufhängen, Infostände errichten, an Bahnhöfen werben, Zeitungen verteilen, auf Podien diskutieren usw..

Es hat sich gelohnt. Wir Grünen konnten in Pulheim 12,9 Prozent der Zweitstimmen gewinnen und lagen deutlich über dem Landesdurchschnitt von 11,3 Prozent. Bei den Erststimmen haben wir uns in unserer Stadt sogar von 11,3 Prozent vor zwei Jahren auf fast 12,8 Prozent gesteigert.

Ein schönes Ergebnis – vor allem mit Blick darauf, dass die relativ neue Partei der Piraten gut abgeschnitten hat. Offenbar entert sie nicht so sehr die Wähler der Grünen als die anderer Gruppen.

Trotzdem ist ihr Erfolg für uns eine Lehre: Für immer mehr Menschen zählen Transparenz und Mitsprache. Dafür treten wir Grüne seit Jahren ein – ganz besonders auch hier in Pulheim. Vielleicht müssen wir also lernen, lauter zu klappern: Bei uns stimmen Handwerk, Inhalte und Kurs. Unsere Wähler scheinen das jedenfalls längst so zu sehen.

Dafür sagen wir herzlichen Dank!
Thomas Roth
Fraktionssprecher der Grünen im Stadtrat
fraktion@gruene-pulheim.de



Foto: Johannes Bortfisz-Dickhoff

Kein deutsches Unternehmen bläst mehr CO₂ in die Luft als RWE. Der Energieriese produzierte im vergangenen Jahr 107 Millionen Tonnen des Klimakillers, rund drei Viertel der Menge des gesamten deutschen Straßenverkehrs.

Braunkohle

Kein neues Kraftwerk in Niederaußem!

Vor den Toren Pulheims betreibt der Energiekonzern RWE die größten Braunkohlemeiler der Republik. Unsere Region ist europaweit Spitze im CO₂-Ausstoß, eine Kette riesiger Wolkenmaschinen dominiert die Landschaft. Gerade erst kamen zwei Schloten in Neurath hinzu. Trotzdem soll es bald ein weiteres Kraftwerk geben: Am 29. Juni entscheidet der Regionalrat Köln, ob er ein Änderungsverfahren nach den Plänen von RWE einleitet. Mit Tausenden Pulheimern sind die Grünen strikt gegen eine neue CO₂-Schleuder in unserer Nachbarschaft. Und wir meinen: Argumente, die RWE im Antrag für den Kraftwerksbau formuliert, können nicht überzeugen.

RWE: Es wird weniger CO₂ in die Atmosphäre geblasen. Diese Aussage stimmt nur, wenn Altanlagen wirklich abgeschaltet werden. Das war in der Vergangenheit leider nicht der Fall. RWE hat sich an seine früheren Zusagen nie gehalten. Es steht zu befürchten, dass RWE trotz moderner Technik auch in Zukunft unter dem Strich keineswegs weniger CO₂ produziert. Die Emissionen sinken nur relativ, also bezogen auf eine bestimmte Produktionsmenge, der Konzern argumentiert nicht mit absoluten Einsparzielen.

RWE wird nach eigenen Plänen Ende dieses Jahres 800 MW mehr elektrische Leistung als vor dem Bau des ersten „Braunkohlekraftwerks mit optimierter Anlagentechnik“ (BoA) in Niederaußem produzieren. Das geht jedenfalls aus den Plänen hervor, die RWE der Bezirksregierung zur Verfügung stellte. Und wenn der 4. Block kommt, den RWE „BoAplus“ nennt, sind es immer noch 700 MW mehr Strom. Jede zusätzlich verbrannte Tonne Braunkohle bedeutet zusätzlichen Ausstoß von CO₂, aber auch von anderen Schadstoffen wie Feinstaub oder hochgiftigem Quecksilber. Doch RWE weigert sich beharrlich, die zur Verstromung eingesetzte Kohlemenge zu reduzieren.

RWE: Altanlagen werden stillgelegt.

2008 untersuchte die Kanzlei Lenz & Johlen aus Köln, wie RWE die Zusagen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm erfüllt, alte Anlagen schrittweise vom Netz zu nehmen. Ergebnis: Das Unternehmen produzierte 1.250 MW zuviel. Schon damals hat RWE also verbindliche Zusagen nicht eingehalten. Wie verlässlich sind dann die heutigen Ankündigungen, Altanlagen stillzulegen?

RWE: Braunkohleverstromung dient dem Klimaschutz.

„Braunkohlenkraftwerke sind eine Energieerzeugungstechnologie von vorgestern“, sagt Dirk Jansen, Geschäftsleiter des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) in NRW. Das spricht für sich.

RWE: Das neue Kraftwerk hat einen Wirkungsgrad gut 45 Prozent. Das heißt, 55 Prozent der eingesetzten Energie werden verschleudert und im wahrsten Sinne des Wortes einfach in die Luft geblasen. Dabei kann man über vorhandene Technologien, zum Beispiel Gas- und Dampf-Kraftwerke, viel umweltfreundlicher arbeiten. Doch das wäre für RWE mit viel höheren Kosten verbunden. **Fortsetzung auf Seite 4**

Aus dem Inhalt

Braunkohle: Argumente gegen ein neues Kraftwerk → S. 1, 4

Interview: Wie Rechtsextreme in Pulheim agieren → S. 2

Schwimmbad: Warum die Stadt keinen Privatinvestor an Bord nehmen soll → S. 2

Möbelhauspläne: Segmüller will investieren – auf Kosten von Umwelt, Handel und Gastronomie? → S. 3

Partei: Neue Vorstände und wichtige Themen der Grünen → S. 3

Bildung: Eltern sind bei den Plänen für neue Schulen außen vor → S. 4

Rathaus



Grafik: Stadt Pulheim

Willkommen

Der Pulheimer Stadtrat und seine Ausschüsse tagen öffentlich. Unter sdnet.pulheim.de erfahren Sie, wann sich die Politiker und Vertreter der Stadtverwaltung treffen und um welche Themen es dann geht. Von den Zuschauerplätzen des Ratssaals können Sie das Geschehen live verfolgen. Zu Beginn der Sitzungen darf sich jeder Bürger zu Wort melden. Machen Sie sich selbst ein Bild über Politik in Pulheim:

Besuchen Sie die nächste Ratssitzung am Dienstag, **→ 3. Juli, 2012, 18 Uhr**
Adresse: Rathaus, Alte Kölner Straße 26, Pulheim.

Bildung

Bei Plänen für neue Schulen bleiben Eltern außen vor

Nach jahrelangem Ringen um eine städtische Gesamtschule für Pulheim steht nun fest: Die Verwaltung hat sie verhindert und ihre – vergleichsweise kostengünstige – Lösung durchgedrückt. Die Gymnasien bleiben bestehen, darunter sortieren sich alle anderen Schulen um. Dabei sind Eltern mit ganz neuen Formen der Ausbildung für ihre Kinder konfrontiert.

Am 24. Mai war Zähltag in Pulheim. Etwa 1600 Eltern von Grundschulern waren von der Stadt befragt worden: Welche Schule soll es sein, wenn für die Pänz der Wechsel ansteht? Was hier zur Wahl stand war für viele recht exotisch: So gab es neben dem bekannten Gymnasium, der Realschule und der Hauptschule keine Gesamtschule, aber eine „Sekundarschule“. Das ist ein Kompromiss, den Bildungspolitiker des Landes NRW erst 2011 erfunden haben. Trotzdem: Für die Sekundarschule zeigten in der Umfrage genügend Eltern Interesse. Damit hat die Stadt die rechtliche Grundlage, die

Gründung der Sekundarschule zu beantragen und an der jüngst vorgestellten neuen Schullandschaft zu zimmern.

Also alles gut? Von wegen! Denn eine Option hatte auf dem Fragebogen für die Eltern völlig gefehlt: die Gesamtschule. Diese Schulform ist in NRW seit Jahrzehnten bewährt, Schüler lernen bis Klasse 6 gemeinsam und werden erst danach schrittweise nach Leistungsstufen aufgeteilt, unter einem Dach gibt es alle Abgänge vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur. Pulheim hat keine eigene Gesamtschule. Die in Stommeln

ist eine katholische Privatschule, die sich vorzugsweise an italienische Familien wendet und sich besonders für sprachbegabte Kinder eignet. Trotzdem ist sie Jahr für Jahr von Pulheimer Familien zigfach überfragt.

Für eine städtische Gesamtschule haben sich die Grünen jahrelang eingesetzt – zusammen mit der Initiative Pro Gesamtschule Pulheim, dem Familiennetzwerk der Stadt und der Fraktion des Bürgervereins. Im Februar 2011 kam es sogar zum Bürgerentscheid: mehr als 6600 Pulheimer votierten für eine städtische Gesamtschule, das war mit Abstand die Mehrheit. Bürgermeister Frank Keppeler und eine Ratsmehrheit, die diese teure Lösung nach Kräften verhindern wollten, triumphierten trotzdem: Der Bürgerentscheid scheiterte trotz Mehrheit an der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzahl absoluter Stimmen. **Fortsetzung auf Seite 4**

Schwimmbad



Foto: Stadt Pulheim

Kalte Dusche: Schon viele Kommunen versuchten, öffentliche Bäder durch private Investoren finanzieren zu lassen.

Hände weg von ÖPP

In der Vergangenheit ist eine Vielzahl von Hallenbadvarianten erfolglos – und mit einem finanziellen Aufwand von annähernd einer Million Euro – geprüft worden. Nun soll es eine andere Variante richten: Ein privater Investor soll das Bad bauen und später betreiben.

Im Auftrag der Verwaltung untersuchen derzeit zwei private Beratungsfirmen, ob es überhaupt Interessenten gibt, die mit der Stadt zusammenarbeiten wollen. Für dieses Interessenbeurteilungsverfahren sind weitere 50.000 Euro fällig. Das Geld hätte man sich sparen können. Denn diese öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) stößt auf erhebliche Bedenken. In einem gemeinsamen Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten kommen die Präsident/-innen der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder am 14.09.2011 zu folgendem Ergebnis: ÖPP-Projekte, die sich die öffentliche Hand nicht selbst leisten kann, darf sie sich ebenso wenig über den Umweg mit privaten Investoren leisten.

Bislang waren sämtliche Bädervarianten bekanntlich zu teuer. Auch ÖPP wird der Stadt daher nicht helfen. Hinzu kommt, dass eine Vielzahl von ÖPP-Bädern den Bach hinuntergegangen ist, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen.

- Pleite des privaten Investors (Cottbus, Stein/Nürnberg)
- Rücknahme des Bades durch die Stadt mit teilweise extrem hohen Kosten (Bad Karlshafen, Lüdinghausen, Hechingen, Lübbenau)
- Mitarbeiter auf Gehaltskürzungen verklagt (Cottbus)
- Kostenüberschreitung um ca. 1/3 (Wiesbaden)
- Erhöhter Zuschuss der Stadt, Finanzierungsprobleme, Nachforderungen des privaten Betreibers (Misburger Bad Hannover, Flensburg, Ludwigsfelde)
- Vereinen wurde die Nutzung untersagt (Misburger Bad Hannover)

Verantwortlich für diese Liste des Schreckens waren vor allem schlechte Planungen. So waren in Einzelfällen prognostizierte Besucherzahlen willkürlich aus der Luft gegriffen. Und Wirtschaftlichkeitsberechnungen waren vorsätzlich geschönt. So hatte beispielsweise der Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz den Neubau eines Freibades in Trier geprüft. Die privaten Berater der Stadt hatten zuvor eine „ÖPP-Effizienzrendite“ von plus vier Prozent ermittelt. Der Landesrechnungshof ermittelte hingegen einen Barwertnachteil von mehr als minus 20 Prozent. Die beauftragten Beratungsunternehmen hatten die Kosten der Eigenrealisierung durch Zuschläge von mehr als zwei Millionen Euro in verschiedenen Risikokategorien in die Höhe getrieben. Die Ermittlung der Risikozuschläge beruhte jedoch auf Annahmen, die nicht hinreichend belegt waren und auf subjektiven, zum Teil willkürlichen Einschätzungen beruhten, so der Landesrechnungshof. Angesichts dessen kann die Schlussfolgerung für Pulheim nur lauten:

Hände weg von ÖPP!

Thomas Roth, Fraktionssprecher der Grünen im Stadtrat

Anzeige

RULAND'S ZEHNTHOF

www.rulands-zehnthof.de

Restaurant
Biergarten
Kegelbahn
Partyservice

Zehnthofstr. 3
50259 Pulheim Dansweiler
Tel.: 02234 / 82883 • Fax 02234 / 82885
Internet: www.rulands-zehnthof.de
e-mail: info@rulands-zehnthof.de

Interview



Schmierereien auf Hauswänden, Aufkleber auf Pfosten von Verkehrsschildern oder an Haltestellen. Neonazis hinterlassen in Pulheim immer wieder ihre Spuren. Zumindest gegen die Aufkleber gibt es ein einfaches, aber wirkungsvolles Mittel: Jeder kann sie im Vorbeigehen abziehen – und im nächsten Mülleimer begraben.

„Rassismus und Nazitum in modischem Outfit“

Die Morde einer rechtsradikalen Terrorgruppe aus Zwickau sorgen in Deutschland seit Monaten für Schlagzeilen. Das macht vielen Menschen auf brutale Weise klar: Rechtsradikale sind aktiv und gefährlich – und meist gar nicht so weit weg wie man gerne glauben mag. Auch in Pulheim sind Neonazis seit Jahren unterwegs, warnt Patrick Fels. Der studierte Politikwissenschaftler arbeitet als Berater für die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dok der Stadt Köln.

GRÜNZEUG: Herr Fels, ein paar Aufkleber hier, ein paar jugendlich-übermütige Schmierereien da. Ist es nicht reichlich übertrieben, da gleich vor Neonazis in Pulheim zu warnen?

PATRICK FELS: Keineswegs – auch wenn solche Argumente immer wieder gebraucht werden, um das Thema herunter zu spielen. Was Sie ansprechen sind nur die sichtbaren Zeichen einer längeren Entwicklung: In Pulheim existiert seit Jahren eine militante Neonazi-Szene. Die Gruppe heißt Autonome Nationalisten Pulheim, kurz ANP.

GZ: Von wie vielen Mitgliedern reden wir?
FELS: Unserer Schätzung nach besteht der Kern der ANP aus 10 bis 15 Aktivisten plus befreundete oder sympathisierende Personen. Das sind keineswegs tumbe, brutale Glatzköpfe in Springerstiefeln, sondern meist Leute aus gut situierten Familien. Vom Alter her handelt es sich um Jugendliche bis Endzwanziger, viele mit Abitur oder einer Ausbildung.

GZ: Wie finden die sich zusammen?
FELS: Zum Beispiel über Verbände wie die Freiwillige Feuerwehr oder andere Gruppen. Autonome Nationalisten wie die in Pulheim bieten eine modernisierte Variante des Rechtsextremismus. Sie geben sich trendig und öffnen sich dadurch anderen Jugendlichen – nicht nur den klassischen Skinheads. Sie hören Popmusik, kleiden sich locker, verwenden Anglizismen, nutzen Buttons, Plakate oder Aufnäher, die eher an linke Kulturen erinnern. Sie benennen auch Inhalte um, sprechen etwa von „Antikapitalismus“ und „Nationalem Sozialismus“ statt von „Nationalsozialismus“.

GZ: Wie schließen Sie daraus auf die rechte Gesinnung?
FELS: Die moderne Fassade kann nicht täuschen: Dahinter stecken der alte, hässliche Rassismus und die Verherrlichung der NS-Zeit. Die ANP veröffentlichen rassistische Texte im Internet, verteidigen in Schmierereien an Hauswänden Hitlers Vertreter Rudolf Hess oder mobilisieren Teilnehmer für Neonazi-Demonstrationen. Auch wenn sich die ANP als Gruppe nach außen nicht zu erkennen gibt, ist sie gut organisiert und mit Gleichgesinnten vernetzt.

GZ: Vernetzt mit wem?
FELS: Die Pulheimer Neonazis gehören zur Aktionsgruppe (AG) Rheinland, darüber bestehen Verbindungen zur Gruppe Autonome Nationalisten Köln oder der gerade vom Innenministerium verbotenen Kameradschaft Walter Spangenberg aus Köln. Gegen deren Gründer Axel Reitz, der erst Mitte Mai nach zwei Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, laufen Ermittlungen wegen des Verdachts auf rechts-

radikale Straftaten. Reitz ist ein bundesweit bekannter Neonazi und vorbestraft, er stammt aus Fliesteden und wohnt in Pulheim.

GZ: Glauben Sie wegen dieser Verbindungen, dass die Pulheimer Nationalisten gefährlich sind?
FELS: Das haben Mitglieder der ANP in einer Dokumentation des WDR 2005 sogar selbst gesagt. Sie seien bereit, für ihre Sache alles zu tun und ein hohes Risiko einzugehen. In der Folge häuften sich in Pulheim Plakate und Aufkleber mit dem Absender „Nationaler Widerstand“. Das hatte sich zwischen durch etwas gelegt, aber seit 2010 gibt es wieder ständig neue Sprühereien und Aufkleber im Stadtgebiet. Dabei nehmen die Autonomen Nationalisten auch die regelmäßigen Putzaktionen „Pulheim Putzmunter“ aufs Korn, aktive Nazi-gegner wurden beim Entfernen von Aufklebern kürzlich sogar fotografiert.

GZ: Gab es in Pulheim bereits tätliche Angriffe?
FELS: Das nicht – aber Jugendliche, die sich gegen Rechts engagieren, wurden offen bedroht. Etwa ein Schülersprecher aus Pulheim. Solche Einschüchterungen sind Teil der Strategie der Gruppe. Ihre Aggression richtet sich gegen Migranten genauso wie gegen politische Gegner, linke und alternative Jugendliche, demokratische Gruppen und Bündnisse gegen Rechts.

GZ: Wenn das alles seit Jahren bekannt ist – weshalb stoppt die Polizei nicht dieses Treiben?
FELS: Es gibt leider eine traurige Tradition in Deutschland, Straftaten von Rechts zu verharmlosen oder nicht richtig ernst zu nehmen. Der Umgang mit den NSU-Morden ist da nur die Spitze des Eisberges. Das Gefahrenpotential, das von der extremen Rechten ausgeht wird zu oft unterschätzt. Allerdings weisen die zahlreichen Aktionen der Polizei der letzten Monate in eine andere Richtung. Hoffen wir, dass es dabei bleibt.

GZ: Was kann und soll der einzelne Pulheimer tun?
FELS: Wichtig ist es, Leuten wie der ANP zu zeigen, dass ihnen der öffentliche Raum streitig gemacht werden kann. Die regelmäßigen Entfernungsaktionen ihrer Propaganda sind da eine wichtige Aktionsform. Gleichzeitig kann man selbst Schmierereien melden und dadurch die Stadt veranlassen, ebenfalls aktiv zu werden. Opfer oder Betroffene von rechten Angriffen brauchen Unterstützung, um dadurch zu sehen, dass sie nicht alleine gelassen werden. Vor allem sollte man die Arbeit gegen die extreme Rechte nicht dem Staat alleine überlassen, sondern sich für eine stärkere Zivilgesellschaft einsetzen.
GRÜNZEUG

Stadtplanung



Ein Möbelhaustempel wie der in Weiterstadt bei Darmstadt soll auch vor den Toren Pulheims entstehen.

Klotzen, damit die Kasse stimmt

Der bayerische Möbelmarktbetreiber Segmüller ist auf Expansionskurs. In Pulheim will er am Schwefelberg einen neuen Einkaufspalast errichten. Dort soll sich die Ware auf 45.000 Quadratmetern stapeln, einer Fläche von mehr als sechs Fußballfeldern. Dazu plant Segmüller 1.800 Parkplätze, ein Restaurant und ein Abhollager. Aber wie steht es um den Schutz der Umwelt? Und was kommt auf die Pulheimer Geschäftsleute zu? Solche Fragen treibt viele Pulheimer Entscheider kaum um - wer Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe verspricht, den scheint unsere Stadt nur allzu freudig durchzuwinken.

In einer Sondersitzung des Umwelt- und Planungsausschusses gaben kommunale Politiker Ende März grünes Licht für die Ansiedlung von Segmüller – einzig die Fraktion der Grünen stimmte dagegen. Statt das Investment abzunicken stellten Grüne unbequeme Fragen: Etwa nach Verkehrsverbindungen, die auf Kosten der Stadt zu errichten sein werden. Oder ob es wünschenswert sei, dass der Straßenverkehr rund um einen solchen Megamarkt extrem zunehmen wird. Schon heute ist beispielsweise die Bonnstraße völlig überlastet. Von der Segmüller-Ansiedlung wäre zudem die Landstrasse zwischen Widdersdorf und Pulheim betroffen. Grüne kritisierten außerdem, dass ein zukunftsweisendes Wirtschaftskonzept für die Stadt fehlt, mit dem eine so folgenreiche Großinvestition eigentlich abgestimmt werden müsste.

Bürgermeister und Ratsleute von CDU, FDP und SPD haben da weniger Bedenken. Sie argumentieren mit dem Verkaufserlös für das Areal und setzen auf 600 neue Arbeitsplätze,

die der Investor verspricht. Doch sind das Vollzeitjobs mit guten Konditionen für Menschen aus der Region? Solche Fragen bleiben unbeantwortet.

Offen sind die Folgen für Pulheimer Händler und Restaurantbesitzer, von denen einige um ihre Geschäfte bangen. Die sogenannte „Pulheimer Liste“, eine Waren-Auflistung zum Schutz des Einzelhandels in der Innenstadt, schreibt eigentlich vor, dass Investoren auf der grünen Wiese nur zehn Prozent ihrer Fläche für den Verkauf von Produkten nutzen dürfen, die es auch im Stadtzentrum gibt. Für das Möbelhaus Segmüller hieße das, dass es nur 4.500 Quadratmeter für Artikel wie Elektrokleingeräte, Haushaltsbedarf oder Spielwaren reservieren darf – alles Dinge, mit denen die Branche viel Umsatz macht. Nun allerdings wurde die „Pulheimer Liste“ angepasst – und zwar von Handlungsexperten des Beratungsunternehmens BBE. Im Auftrag der Stadt erarbeiteten die Kölner Berater ein neues Einzelhandelskonzept für Pulheim. Gleichzeitig erstellen sie die Auswirkungsanalyse für die Möbelmarktsiedlung. Dies ebenfalls im Auftrag der Stadt. Ergebnis: Aus den Beschränkungen der „Pulheimer Liste“ wurden Einzelsortimente herausgenommen. Das ging aus den Unterlagen der Stadt hervor, die sie zur Sitzung des zuständigen Ausschusses vorlegte. Ein Zahlenspiel, passend gemacht für einen Investor?

Die Kommune ist klamm, da lockt die Millionenspritze des Immobilienkäufers Segmüller. Doch setzt Pulheim damit auf den richtigen Investor? 2010 und 2011 hatte es der Möbelgigant bereits im hessischen Bad Vilbel mit einem ganz ähnlichen Projekt wie nun in Pulheim versucht. Trotz lockender Gewerbesteuer, versprochener Arbeitsplätze und großen Hoffnungen auf einen Wirtschaftsturbo durch das Unternehmen konnte das Projekt bisher nicht umgesetzt werden. Der Grund: Ein regionales Einzelhandelskonzept beschränkt die Fläche für Randsortimente auf 800 Quadratmeter, um die Konkurrenz zu lokalen Anbietern zu begrenzen. Segmüller wollte aber mindestens 4000 Quadratmeter – und trifft offenbar nun in Pulheim mit solchen Forderungen kaum auf Widerstand.

Aber brauchen wir im ländlichen Raum immer mehr Großprojekte auf Böden bester Qualität? An Siedlungs- und Verkehrswege verlieren Natur und Landwirtschaft in NRW täglich Flächen in der Größe von 20 Fußballfeldern. Zu verdanken ist das Kommunen wie Pulheim, die seit Jahrzehnten möglichst viel Land zu Geld machen, um ihren Haushalt aufzubessern. Die Landesregierung feilt längst an einem neuen Landesentwicklungsplan, der den Flächenfraß einschränken soll. Für den geplanten Mammutbau im Pulheimer Westen kommt das zu spät.

Klaus Groth, Ratsherr, und Günter Zaar, sachkundiger Bürger im Umwelt- und Planungsausschuss

Partei



Grüne wählen neuen Vorstand

Auf ihrer Stadtverbandssitzung Ende März haben die Pulheimer Grünen ihren Vorstand für die nächsten zwei Jahre neu gewählt. Vorstandssprecher Klaus Groth wurde einstimmig in seinem Amt bestätigt. Gleichberechtigte Vorstandssprecherin ist nun Anja von Marenholtz. Sie tritt die die Nachfolge von Bianca Korte an, die aus beruflichen Gründen ihr Amt niedergelegt hat.

Als Kassierer wurde Frank Fischell einstimmig wiedergewählt. Klaus Groth und Anja von Marenholtz (Fotos) vertreten die Pulheimer Grünen im Kreisparteirat, früher Kreisvorstand.

Drei Beisitzer gehören ebenfalls dem Vorstand an: Günter Zaar, Ali Barin sowie Moritz Jungeblodt.

In seinem Rechenschaftsbericht nannte Vorstandssprecher Groth als wichtiges Ziel den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, gleichzeitig kündigte er entschiedenen Widerstand gegen die Kraftwerkspläne von RWE am Standort Niederaußem an. Der Einzelhandel in den Ortskernen müsse gestärkt werden, statt gigantische Warenhäuser auf der grünen Wiese zu errichten. Gemeint ist der aktuell geplante Neubau eines Möbelhauses. Ein solide finanziertes Konzept für ein neues Schwimmbad, das vom Bürgerwillen getragen wird, nannte Groth ebenfalls als vordringliche Aufgabe, genauso den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vor Ort. Besonders im Fokus stehe für die Grünen auch die Einbeziehung des Elternwillens bei der Wahl der Schulform für ihr Kind.

GRÜNZEUG

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Stadtverband Pulheim, c/o Rossackerweg 27, 50259 Pulheim
Redaktion: Thomas Roth, Klaus Groth, Bianca Korte, Anja von Marenholtz, Renate Thiel, Claudia Reischauer
Gestaltung: Th. Graf-Luxen, Köln, info@graf-luxen.de
Druck: Sutorius Printmedien GmbH & Co KG, Bleriotstraße 8, 50827 Köln
Auflage: 24.000 Exempl. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Spendenkonto:
 Volksbank Erft eG
 BLZ 370 692 52,
 Kto.Nr. 640 344 9030

GRÜN GEHT WEITER!

Wir danken unseren Wählern und Wählerinnen für Ihr Vertrauen!

Anzeige

Anzeige

Ihre Partner für Ihr gutes Recht...

Thomas Roth
 ✓ Verwaltungsrecht ✓ Familienrecht
 ✓ Mietrecht ✓ Baurecht

Britta Greb
 (freie Mitarbeiterin)
 ✓ Arbeitsrecht ✓ Strafrecht
 ✓ Verkehrsrecht ✓ Medizinrecht

Dr. Ute Ploch-Kumpf
 (freie Mitarbeiterin)
 ✓ Erbrecht

THOMAS ROTH
 Rechtsanwälte
 Hauptstrasse 42 · 50259 Pulheim-Stommeln
 Telefon 0 22 38 / 922 980 · Telefax 0 22 38 / 922 981
 www.kanzlei-roth-partner.de · info@kanzlei-roth-partner.de
Zweigstelle Köln: Ringstraße 44 · 50966 Köln
 Telefon 02 21/3 40 29-180 · Telefax 02 21/3 40 29-444

Anzeige

DTP · Digitale Druckvorstufe · CtP-Belichtungs-Service
 Mehrfarben-Offsetdruck · Buchdruck
 Stanzarbeiten · Buchbinderische Verarbeitung · Loseblattwerke

Sutorius Printmedien GmbH & Co. KG
 Blériotstraße 8 · 50827 Köln
 Telefon 02 21 59 23 24 / 59 40 05 · Telefax 02 21 59 38 90
 Email: info@sutorius-printmedien.de

Wir sind lizenziert für:

Kolumne



Renate Thiel, arbeitet seit 1997 für die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Pulheim.

In GRÜNZEUG befragt sie regelmäßig Mitglieder und Freunde der Partei. Dieses Mal ist es Dr. Axel Nawrath, Ratscherr in Pulheim. (Fotos: Karena Pallgen)

Renate fragt ...

RENATE: Du bist ein Altin-gesessener in der Ratsfraktion – trotz Deines jugendlichen Alters von 37 Jahren. Wie bist du zu den Grünen gestoßen?

DR. AXEL NAWRATH: Mit 16 kam ich zu den Grünen, um mich für Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen. Der Golfkrieg und zunehmender Rassismus waren weitere Gründe. Ich fand es gut, auch als junger Mensch bei den Grünen ernst genommen zu werden und mitgestalten zu können. Neben Umwelt und Klima kamen bald weitere Schwerpunkte hinzu.

RENATE: Für welche Themen machst Du Dich in Pulheim besonders stark?

NAWRATH: Kinder, Jugend und Bildung sind mir sehr wichtig. So setze ich mich für ein kinderfreundliches Pulheim ein. Dazu gehören intakte Spiel- und Bolzplätze, attraktive Kindertagesstätten mit U3-Betreuung, Elternangebote, Freiräume für Jugendliche. Junge Leute brauchen eine Lobby und müssen im öffentlichen Raum toleriert und akzeptiert werden. Familien sollen sich in Pulheim wohl fühlen.

RENATE: Ist das denn nicht der Fall?

NAWRATH: Auch bei uns gibt es Kinderarmut, der Kampf dagegen ist mir sehr wichtig. Kinder sind nicht für Notsituationen verantwortlich, leiden aber besonders unter den Folgen. Ein im letzten Jahr gegründeter „Runder Tisch“ zum Thema Armut hat es sich zur Aufgabe gemacht, Helfende zusammen zu bringen und Konzepte zu entwickeln.



Dr. Axel Nawrath

RENATE: Was steht aktuell sonst an?

NAWRATH: Wir brauchen für die Heranwachsenden eine optimale Bildungslandschaft, die von Eltern und Schülern angenommen wird. Sie sollte alle Schulformen vorhalten, bei Bedarf auch eine Gesamtschule. Ebenso wichtig sind intakte und für modernes Lernen gut ausgestattete Schulgebäude.

RENATE: Die politischen Mehrheiten in Pulheim scheinen zementiert. Viele grüne Anträge werden einfach vom Tisch gewischt. Siehst Du dennoch Ansätze für ein Umdenken oder für einen politischen Wechsel?

NAWRATH: Konstruktive Opposition heißt, ernsthafte Probleme und realistische Lösungen aufzuzeigen. Mit guten Argumenten und langem Atem kann auch in Pulheim etwas bewegt werden. Wir Grünen sind oft Vorreiter. Später folgen dann die anderen Parteien unseren Ideen. Uns geht es um die Sache, nicht um politische Machtkämpfe. Daher sind wir vernünftigen Kooperationen gegenüber aufgeschlossen.

Nächste Ausgabe: Renate fragt Klaus Groth

Braunkohle

Fortsetzung von Seite 1

RWE: Wir sehen den Bau eines neuen Braunkohlekraftwerks in Niederaußem im Einklang mit den Zielen des geplanten nordrhein-westfälischen Klimaschutzgesetzes, da die CO₂-Emissionen im gleichen Umfang reduziert werden. Klimaziell ist es, die CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu reduzieren, bezogen auf 1990. Damals wurden im Rheinischen Braunkohlerevier circa 80 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre geblasen. Die vier neuen Blöcke werden 2050 noch in Betrieb sein und zusammen mindestens 24 Millionen Tonnen CO₂ produzieren. Das entspricht einer Verminderung um 70 Prozent. Und womöglich läuft dann noch dieser oder jener Block, den RWE eigentlich abgeschaltet haben wollte. Klimaziell verfehlt!

RWE: BoAplus wird für Kraft-Wärme-Kopplung vorbereitet. Blockheizkraftwerke, die sowohl Strom als auch Wärme erzeugen und nutzen, haben schon heute einen Nutzungsgrad von 80 bis 90 Prozent, also fast das Doppelte der Kohledreckschleudern von RWE. Das Problem beim beantragten Kraftwerk: RWE bereitet nur vor. Es gibt in den Antragsunterlagen von RWE keine konkreten Angaben, wie Kraft-Wärme-Kopplung realisiert werden könnte.

RWE: BoAplus wird vorbereitet für eine spätere Abscheidung der Kohlendioxid-Emissionen mit einer CO₂-Wäsche. Das würde bedeuten, es würde kein CO₂ mehr in die Atmosphäre geblasen. Weil man es abfängt. Aber: Das CO₂ ist immer noch da! Außerdem: Diese Technik gibt es noch nicht! Und: Keiner weiß, wohin dann mit dem CO₂! Die Pläne von RWE sind: Wir pumpen es in die Erde, wohin ist unklar. Und was dann in der Erde mit dem CO₂ geschieht, weiß auch niemand. Denn da ist es immer noch, nur nicht oben, sondern unten. Und schließlich: Die Anlage wird ja nur „vorbereitet für die CO₂-Abscheidung“ – mehr nicht.

RWE: Das Anlagendesign erlaubt die Mitverbrennung von Biomasse in einer Größenordnung von bis zu zehn Prozent des gesamten Brennstoffbedarfs. Das wären bis zu 700.000 Tonnen pro Jahr. Wo sollen jährlich 700.000 Tonnen Biomasse herkommen? Und RWE macht wieder nur Versprechungen: Das Anlagendesign erlaubt es nur.

RWE: Die Biomasse, die per Bahn oder über Umgehungsstraßen anwohnerverträglich transportiert werden soll. 700.000 Tonnen zusätzliche Biomasse bedeuten eine erhebliche Verkehrszunahme, zunächst für die direkten Anliegergemeinden, aber auch für Pulheim, soweit hier Autobahnan-schlüsse oder Umgehungsstraßen genutzt werden. Verteilt man 700.000 Tonnen auf 3,5-Tonner, so bedeutet das 200.000 zusätzliche LKW-Fahrten jährlich. Wie das wohl anwohnerverträglich geregelt wird?

RWE: Die benötigte Fläche wird auf 23 Hektar begrenzt, das ist nur noch etwa die Hälfte der früheren Planung. Das stimmt fast: Die frühere Planung sah zusätzliche Fläche von 40 Hektar vor. Aber: 23 Hektar entsprechen immer noch der Fläche von 32 Fußballfeldern.

Bildung

Fortsetzung von S.1 In den neuen Schulplänen gibt es unter anderem eine reformpädagogische Modellschule, welche am Standort der Hauptschule entstehen könnte. Die breite Elternschaft war bei der Planung wenig beteiligt. Zwar saß die Stadt-elternpflegschaft im Gremium, das über die Bildungslandschaft brütete. Die beiden Vertreter waren gegenüber anderen Eltern aber ausdrücklich zum Stillschweigen verdonnert. „Nicht die reine Lehre der Transparenz“, gab der zuständige Schuldezernent Florian Herpel zu, „aber wir wollten nicht, dass die neue Schullandschaft schon während der Planungsphase zerredet wird“.

Eine schallende Ohrfeige für engagierte Eltern – genau wie die nun von der Verwaltung durchgeführte Elternbefragung.

RWE: BoAplus verspricht weniger Verschattung wegen Hybrid-Kühltürmen. Fakt ist, dass das Pulheimer Stadtgebiet mehr verschattet wird, weil die Wolken sich erst mehrere Kilometer vom Standort ausbilden.

RWE: Mit einer Höhe von 100 Metern ist der Hybridkühlturm wie die anderen Anlagenkomponenten deutlich niedriger als bestehende Gebäude. Tatsache ist aber auch, dass das Kesselhaus eine Höhe von 150 Metern und der Kamin eine Höhe von 180 Metern haben wird. Die Kesselhäuser von BoA 1 (Niederaußem) und BoA 2 und 3 (Neurath) haben eine Höhe von 180 Metern. Eine deutliche Reduzierung der Höhe sieht anders aus.

RWE: Zusammen mit der endgültigen Stilllegung von Altanlagen führt dies in Summe zu einer deutlichen Abnahme der Verschattung im Umfeld des Standorts. Und im Anfang des Satzes steckt genau die Krux. RWE hat schon mehrfach versprochen, Altanlagen stillzulegen, sich aber nicht daran gehalten. Bis zum Jahr 2007 sollten sämtliche 150-Watt-Blöcke in Frimmersdorf abgeschaltet sein. Das ist bis heute – Mitte 2012 – noch nicht geschehen.

RWE: Es werden 1000 Arbeitsplätze in der Region erhalten. In der Ratssitzung am 22. Mai 2012 haben RWE-Vertreter zugegeben, dass diese Aussage nicht stimmt. Wird ein Kraftwerk von 1100 MW gebaut und werden im Gegenzug vier Kraftwerke von jeweils 300 MW stillgelegt, fallen selbstverständlich auch Arbeitsplätze weg.

Informieren Sie sich:

- 1) Auf den Onlineseiten von RWE <http://www.rwe.com/web/cms/de/1101754/boaplus/ueber-boaplus/>
- 2) Bei den Grünen in Pulheim, www.gruene-pulheim.de, c/o. Klaus Groth, Tel. 02238/153 24, mail: info@gruene-pulheim.de
- 3) Beim Aktionsbündnis Stommeler Bürger – Leben ohne Braunkohle (LoB), c/o. Josef Schumacher: Tel. 02238/141 57, Rudolf Brands, Tel. 02238/152 53, mail: rudolfbrands@netcologne.de
- 4) Anhand der Sitzungsunterlagen des Regionalrats Köln, www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/gremien/regionalrat/sitzungen_regionalrat/index.html
- 5) Im Informationssystem der Stadt Pulheim (Niederschrift der Ratssitzung vom 22.5.2012) <http://sdnet.pulheim.de/rim350/index.do>
- 6) Beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle
- 7) Bei der Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung Niederaußem e.V. www.bi-bigben.de
- 8) Mit der Grünen-Postkartenaktion beim Unternehmen selbst. <http://www.gruene-pulheim.de/index.php/2760/stadtverband/fragen-darf-man-ja-wohl-noch/>
Thomas Roth,
Fraktionssprecher der Grünen im Stadtrat

Besser grün werden als sich schwarz ärgern!



Ja, ich möchte Mitglied bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden!

Senden Sie mir die notwendigen Unterlagen an meine Adresse!

Vorname _____ Name _____
 Straße/Nr. _____ PLZ/Ort _____
 Telefon _____ E-Mail _____

Werde Mitglied!
www.gruene-pulheim.de
info@gruene-pulheim.de
 Tel. 0 22 38 – 15 32 4

Bitte ausfüllen und einsenden an: BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
 Roßackerweg 27, 50259 Pulheim

Die Daten werden ausschließlich zur Zusendung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Die obige Bekundung stellt noch keine Erklärung der Mitgliedschaft dar.